

Schwarzbuch TESLA

Die Linke

Fraktion im
Landtag Brandenburg



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Euphorie war groß, als der Multimilliardär und Tesla-Chef Elon Musk im Herbst 2019 angekündigte, dass in Brandenburg die erste europäische „Gigafactory“ des Elektroautokonzerns entstehen soll. Bereits 2021, nach nicht einmal zwei Jahren Planungs-, Genehmigungs- und Bauzeit, sollten die ersten Fahrzeuge vom Band laufen. Die Landesregierung jubelte. Von der größten Industriean siedlung des Jahrzehnts, von zehntausenden Arbeitsplätzen, gar von einer wirtschaftlichen Trendwende für den gesamten Osten war die Rede.

Heute, fast fünf Jahre nach der spektakulären Pressekonferenz, ist vor allem in der Region Grünheide bei vielen die Euphorie einer

Ernüchterung gewichen. Zwar ging das Werk im Frühjahr 2022, etwas später als geplant, tatsächlich in Rekordzeit ans Netz. Doch der Weg dorthin war gepflastert von Skandalen und Skandälchen. Nach Inbetriebnahme der Fabrik ging es bis heute genau so weiter: Mal waren es widerrechtlich eingesetzte Pfähle, mal war es der Austritt von Chemikalien, mal wurden die Schadstoffwerte im Abwasser gerissen, mal der Arbeitsschutz missachtet ...

Die Liste an Vergehen ist divers und sie ist lang. Kaum ein Monat verging ohne neue Negativmeldungen. Nur eines blieb immer gleich: Die Reaktion der Landesregierung; Beschwichtigen, Herunterspielen, Wegsehen. Dem Unternehmen Tesla und dem Multimilliardär Elon Musk wurden alle Wünsche von den Lippen abgelesen, die Belange der Bürgerinnen und Bürger dagegen kaum ernstgenommen. Zum Schaden der Menschen in der Region, wie sich besonders deutlich am Thema Wasser zeigt. All jene wurden in die Meckerecke gestellt, die sich kritisch mit dem Konzern und dem Verhalten der Landesregierung in diesem Zusammenhang auseinandersetzen wollten. Ich bin überzeugt: Dieses Verhalten hat letztlich nicht nur dem Ansehen des Projekts, sondern der Demokratie als solcher geschadet. Eine kritische Öffentlichkeit mag manchmal lästig sein, sie ist aber notwendig – gerade bei solchen Megaprojekten wie der Gigafactory.

Als Linke haben wir die Ansiedlung der Tesla-Fabrik im Grundsatz immer unterstützt. Die Schaffung von Industriearbeitsplätzen halten wir für richtig und notwendig. Aber es muss klar sein, dass

1. Regeln für alle gelten, es keine Bevorzugung von Tesla geben darf und dass auch ein Milliardär wie Elon Musk nicht über dem Gesetz steht, dass
2. wirtschaftliche Interessen und der Schutz von Mensch und Natur in Ausgleich zu bringen sind und dass
3. nur Gute Arbeit mit guten Löhnen, tariflicher Absicherung und betrieblicher Mitbestimmung gut für die Beschäftigten und damit gut fürs Land ist. Und genau darum geht es: Eine Politik im Interesse Brandenburgs – nicht nur im Interesse von Tesla. Das haben wir in den letzten fünf Jahren so manches Mal vermisst.

„Die Begünstigung von Tesla schadet nicht nur dem Ansehen des Projekts, sondern der Demokratie als solcher.“

Im hier vorliegenden Schwarzbuch haben wir zusammengestellt, was aus unserer Sicht im Zusammenhang mit der Tesla-Ansiedlung alles schiefgelaufen ist, ergänzt durch eine chronologische Auflistung der vielen kleinen und großen Ereignisse, die in der Öffentlichkeit kritisch diskutiert wurden. Der Bürgerinitiative Grünheide und der Grünen Liga als kritischen Wegbegleitern danke ich für ihre Gastbeiträge.

Politik muss aus Fehlern lernen. Dazu möchten wir mit unserem Schwarzbuch eine Grundlage anbieten.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Ihr Sebastian Walter



Herausgegeben von der Fraktion Die Linke im Landtag Brandenburg

2. Auflage

V.i.S.d.P.: Thomas Domres, Parl. Geschäftsführer

Alter Markt 1, 14467 Potsdam, Telefon: 0331 966 1501

E-Mail: geschaeftsstelle@linksfraktion-brandenburg.de

Foto (Editorial): Thomas Hedrich

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Stand: Mai 2024

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

Inhalt

Von Profitinteressen und Bürgerrechten: Der Fall Tesla in Brandenburg	8
Ein ganz besonderes Genehmigungsverfahren	10
Kernproblem Wasser	13
Politische Nähe zu Tesla verspielt Akzeptanz	16
Fazit	19
Gastbeitrag	
Tesla-Ansiedlung – Die Demokratie bleibt auf der Strecke	20
Gastbeitrag	
Tesla. Ein Wintermärchen	24
Zeitstrahl	29
Umfrage	46

Von Profitinteressen und Bürgerrechten: Der Fall Tesla in Brandenburg

Multimilliardär oder Brandenburger Bürgerin und Bürger – wessen Interessen vertritt die Landesregierung? Das haben sich viele Menschen in der Region in den vergangenen Jahren gefragt. Natürlich ist es richtig: Die Ansiedlung eines großen Industrieetriebs ist grundsätzlich positiv für Brandenburg, schafft Arbeit und setzt Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung. Es ist die Aufgabe der Politik, solche Ansiedlungen zu befördern und zu unterstützen. Aber wie weit darf das gehen? Wenn einerseits bedingungslos alle Anforderungen und Wünsche des Investors erfüllt werden, andererseits Probleme und Schwierigkeiten für die Menschen vor Ort nicht wahrgenommen und kleingeredet werden – dann ist eine Grenze überschritten. Denn die Landesregierung ist in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet. Deren Interessen decken sich zu großen Teilen nicht mit den lediglich auf Profit ausgerichteten Zielen eines einzelnen Multimilliardärs.

Das Verfahren um die Ansiedlung und Genehmigung von Tesla wurde von manchen Regierungsvertretern als vorbildlich gelobt, weil es so schnell ging. Wir sagen: Es ist nicht gut gelaufen. Die Interessen von Menschen und Umwelt vor Ort wurden der „Tesla-Geschwindigkeit“ geopfert. So wurde Vertrauen verspielt und Demokratieverdrossenheit gefördert.

Ein ganz besonderes Genehmigungsverfahren

Die Genehmigung eines Industriebetriebs ist ein aufwändiges Verfahren, das beim Landesamt für Umwelt geführt wird. Ziel ist es, Gefahren zu vermeiden, die von dem Betrieb auf Menschen und Umwelt ausgehen könnten. Nur wenn diese ausgeschlossen werden können, kann ein Großprojekt wie Tesla genehmigt werden, bei dem laut Genehmigungsunterlagen in der ersten Ausbaustufe bis zu 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geplant sind. Die dazu notwendigen Begutachtungen und deren Auswirkungen dauern lange – zu lange nach der Erfahrung vieler Unternehmen, die in überlangen und komplizierten Genehmigungsverfahren durch die meist chronisch unterbesetzten Genehmigungsbehörden ein Hindernis für die Wirtschaftsentwicklung in Brandenburg sehen.

Nicht so bei Tesla – hier ging alles ganz, ganz schnell. In Rekordzeit – der viel gerühmten „Tesla-Geschwindigkeit“ – wurden Gutachten, Prüfung, Öffentlichkeitsbeteiligung und Genehmigung durchgehechelt. Üblich ist beispielsweise, dass Erfassungen der betroffenen Tier- und Pflanzenarten auf dem Gelände durchgeführt werden, um den Standort optimal anzupassen und zielgerichtete Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen festlegen zu können. Das dauert, weil die Erfassungen nur zu bestimmten Jahreszeiten durchgeführt werden können. Diese Zeit wollte man sich bei Tesla nicht nehmen. Stattdessen wurde eine „Potenzialanalyse“ vorgenommen, welche Tiere und Pflanzen vorkommen könnten, und pauschale Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorgeschrieben¹.

¹ Protokoll der 2. Sitzung des Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz am 8.1.20

Und ganz einzigartig ist die Tatsache, dass das gesamte Werk ohne abschließende Genehmigung errichtet wurde.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgte unzureichend und im Schnelldurchlauf, laufende Änderungen in den Genehmigungsunterlagen, die Tesla einreichte, waren für die Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar. Viele Angaben, gerade auch zu umweltrelevanten gefährlichen Substanzen, waren in den Unterlagen geschwärzt – mit der Begründung, keine Geschäftsgeheimnisse verraten zu wollen. Die Bevölkerung wurde über das Gefahrenpotenzial des Betriebs im Dunkeln gelassen. Schon wenige Tage nach Ende einer Stellungnahmefrist verkündete das Landesamt, die Beteiligung hätte keine Hinderungsgründe für die Erteilung der Genehmigung ergeben². Dabei waren hunderte Stellungnahmen eingegangen, die kaum schon ausgewertet worden sein konnten. Wie konnte das so schnell beurteilt werden?

Und ganz einzigartig ist die Tatsache, dass das gesamte Werk ohne abschließende Genehmigung errichtet wurde.

Dafür bedienten sich das Landesamt für Umwelt und Tesla eines Tricks und nutzten den § 8a des Bundesimmissionsschutzgesetzes. Dieser eröffnet die Möglichkeit, schon vor Erteilung der Genehmigung mit einem Vorhaben zu beginnen – vorausgesetzt, die Erteilung der Genehmigung ist wahrscheinlich. Und das Unternehmen trägt das Risiko, muss den alten Zustand wiederherstellen und die Kosten übernehmen, falls es doch nicht zu einer Genehmigung kommt. Üblicherweise wird diese Regelung für erste Maßnahmen, beispielsweise zur Vorbereitung einer Baufläche genutzt, wenn das Genehmigungsverfahren weit gediehen ist. Bei Tesla aber waren es insgesamt 19 Zulassungen für den vorzeitigen Baubeginn einzelner Teilbauabschnitte³. Die ersten, so etwa

² <https://www.bi-gruenheide.de/das-tesla-genehmigungsverfahren-ein-bemerkenswertes-verfahren>

³ Presseerklärung des Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, 4.3.22

die Rodung des Waldes, erfolgten zu einem sehr frühen Zeitpunkt, als noch gar nicht alle Untersuchungen vorlagen. Wie konnten da die Erfolgsaussichten des Genehmigungsverfahrens schon beurteilt werden? Und wie hätte der ursprüngliche Zustand, also der Wald, wiederhergestellt werden können? Die vorläufigen Zulassungen führten schrittweise zum Bau des gesamten Werkes, die eigentliche Genehmigung wurde erst nach dessen Fertigstellung erteilt.

Rechtlich ist dies zulässig – so haben die Gerichte geurteilt. Aber das Verfahren führt den eigentlichen Sinn eines Genehmigungsverfahrens, nämlich eine ergebnisoffene Prüfung durchzuführen, ad absurdum. Die Möglichkeit, die Genehmigung doch noch zu verweigern und einen Rückbau zu fordern, bestand für die Genehmigungsbehörde nur in der Theorie, nicht in der Lebenswirklichkeit. Denn das hätte die Landesregierung politisch nicht überlebt. Tesla konnte das „Risiko“ eines Rückbaus leichten Herzens übernehmen: Elon Musk konnte darauf vertrauen, dass die Landesregierung jedwedes Hindernis, dass in anderen Fällen zu einer Genehmigungsverweigerung hätte führen müssen, wegräumen oder „wegwägen“ würde.

Und das ist das eigentliche Problem dieses Genehmigungsverfahrens: Gegen ein schnelles Verfahren ist natürlich nichts einzuwenden, aber es darf keinesfalls dazu führen, dass das eigentliche Ziel, nämlich Menschen und Umwelt vor Gefahren zu bewahren, hintenangestellt wird. Aber genau das war hier der Fall. Das Verfahren war nicht ergebnisoffen, sondern das Ergebnis war politisch vorgegeben.

Mit dem Genehmigungsbescheid vom 4. März 2022 wurden Tesla verschiedene Auflagen erteilt, die vor Inbetriebnahme des Werkes erfüllt sein mussten. Keine drei Wochen später ging die Produktion öffentlichkeitswirksam und bei Anwesenheit der Landesregierung an den Start. Es überrascht dann auch nicht mehr, dass die Genehmigungsbehörde das akzeptiert hat, obwohl die kurz vorher auferlegten Bedingungen von Tesla noch nicht alle umgesetzt waren⁴.

⁴ Antwort auf Kleine Anfrage Nr. 1963, Ds. 7/5493, 4.5.22

Kernproblem Wasser

Schon bald nach der Ansiedlungsentscheidung wurde deutlich, dass Wasser der große Konfliktpunkt bei dieser Ansiedlung sein würde. Die Fabrik wurde zu großen Teilen im Wasserschutzgebiet errichtet. Warum wählt man einen solchen Standort für ein Werk, dessen Fundamente in die Grundwasserleiter ragen und in denen umfangreich mit wassergefährdenden Chemikalien gearbeitet wird? Schließlich steht hier die Trinkwassersicherheit einer ganzen Region auf dem Spiel. Es gab nie eine Prüfung, ob der Standort für das Werk geeignet ist. Der Standort war schnell verfügbar, und das war für die Landesregierung das einzige Auswahlkriterium. Ob für die Region Schaden entsteht, war nicht Gegenstand der Erwägungen.

Als noch schwieriger erwies sich die Frage der Wasserverfügbarkeit. Der Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) als örtlicher Wasserversorger hat nur begrenzte Möglichkeiten der Trinkwassergewinnung und muss auch aufgrund der Bevölkerungsentwicklung mit steigendem Bedarf rechnen. Ein Teil der genehmigten Fördermenge kann wegen im Boden vorhandener Altlasten

nicht genutzt werden⁵. Genehmigungsanträge auf zusätzliche Fördermengen sind seit Jahren in der Schwebe und werden vom Landesamt für Umwelt nicht entschieden, manche Genehmigungsverfahren dauern zehn Jahre und länger. Nur bei Tesla ging alles ganz schnell: ein zusätzlicher Wasserentnahmeantrag nach Bekanntwerden des Tesla-Ansiedlungsvorhabens wurde in der Rekordzeit von dreieinhalb Monaten vom Landesamt genehmigt, woraufhin der WSE Tesla Wasserlieferungen vertraglich zusichern konnte. Dem Landtag gegenüber wollte Umweltminister Vogel diese Sonderbehandlung jedoch nicht zugeben: Er behauptete, es handle sich um ein schon länger andauerndes Verfahren, was nachweislich falsch ist⁶. Inzwischen hat ein Gericht die Wasserentnahmegenehmigung wegen Verfahrensfehlern gekippt – sie wird trotzdem vom Landesamt für Umwelt als zuständiger Behörde „geduldet“⁷.

5 Protokoll der 33. Sitzung des Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz am 9.2.22

6 Antwort auf Kleine Anfrage Nr. 1915, Ds. 7/5398, 11.4.22; Presseerklärung WSE, 2.3.22

7 Antwort auf Mündliche Anfrage Nr. 1004, 24.3.22

Damit war bei den jetzigen genehmigten Fördermengen das Ende der Fahnenstange erreicht. Der WSE musste die Wassernutzung für seine Kunden in Trockenzeiten einschränken⁸. Und noch gravierender: Angesichts des Bevölkerungswachstums, des prognostizierten Wasserbedarfs und der Klimaveränderungen konnte der WSE zusätzlichen neuen Projekten keine Wasserversorgung mehr garantieren. Damit liegen neue Vorhaben der Gemeinden, von Gewerbeansiedlungen über Wohnungsbau bis hin zu Schulneubauten auf Eis – ein extremer Einschnitt auch angesichts der eigentlich notwendigen Umfeldentwicklung in der Tesla-Region⁹. Tesla gräbt der Region buchstäblich das Wasser ab. Daran ändert auch nichts, dass Tesla derzeit bei nicht ausgeschöpftem Produktionsumfang weniger Wasser verbraucht als vertraglich zugesichert und dass der Wasserbedarf in den vergangenen relativ feuchten Jahren insgesamt weniger hoch war als erwartet¹⁰. Das kann sich in Zeiten des Klimawandels schnell wieder ändern.

In einer 2022 vorgestellten Grundwasserbilanzierung¹¹ stellte das Umweltministerium (MLUK) die Region, in der das Wasser für den WSE gewonnen wird, bereits als übernutzt dar. Das heißt, es wird dort mehr Grundwasser entnommen als sich neu bilden kann. Bereits ein Jahr später überraschte das MLUK dann mit der Mitteilung, eine Neuberechnung habe ergeben, dass dort doch mehr Wasser gefördert werden könne¹². Was soll man von dieser Mitteilung halten, die so schön ins politische Konzept passt? Eine nachvollziehbare fachliche Begründung hat das MLUK bislang nicht vorgelegt. Es ist die Aufgabe der Wasserbehörden, die langfristige Sicherheit der Wasserversorgung im Auge zu haben und nicht kurzfristigen Interessen den Vorrang zu geben. Es kann angesichts dessen kaum verwundern, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen in die Politik schwindet.

8 Potsdamer Neueste Nachrichten, 3.12.21

9 z.B. Märkische Oderzeitung, 19.3.22

10 Antwort auf Mündliche Anfrage 2179, 24.4.24

11 Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (2022): Wasserversorgungsplanung Brandenburg, Sachlicher Teilabschnitt mengenmäßige Grundwasserbewirtschaftung.

12 Antwort auf Kleine Anfrage Nr. 3022, Ds. 7/8376, 11.9.23

Dazu trägt auch der Umgang mit dem WSE bei. Anders als die Landesbehörden, die stets jegliche Probleme infolge der Tesla-Ansiedlung kleinreden, hat der WSE immer wieder nachdrücklich auf Schwierigkeiten aufmerksam gemacht und ist damit seiner Aufgabe als Wasserversorger für alle Menschen in der Region nachgekommen. Solch kritische Stimmen werden nicht gerne gehört. Immer wieder versucht die Landesregierung, die vom WSE benannten Probleme herunterzuspielen. Mit einer Änderung des Genehmigungsbescheides wurde Tesla von der Auflage befreit, bei wichtigen Wasserfragen den WSE zu konsultieren – der Wasserversorger wurde also ausgeschaltet¹³. Und schließlich kam es, initiiert durch einige regierungsnahen Lokalpolitiker, im Herbst 2023 zu einem Abwahlverfahren gegen den als Kritiker hervorgetretenen Verbandsvorsteher des WSE André Bähler. Die Abwahl scheiterte, weil die Mehrheit der Gemeindevertretungen die Berechtigung von Bählers Kritik anerkannten. Als sich dann jedoch die Verbandsversammlung im Frühjahr 2024 nicht dazu durchringen konnte, Tesla für die permanente Nichteinhaltung von vertraglich vereinbarten Abwasser-Grenzwerten zu sanktionieren, trat der Vorsitzende der Verbandsversammlung Henryk Pilz, Bürgermeister von Erkner, zurück mit den Worten: „Die Lobbyisten haben gewonnen“¹⁴.

¹³ Märkische Oderzeitung, 19.1.23; Antwort auf Mündliche Anfrage Nr. 1460, 26.1.23

¹⁴ Tagesspiegel, 1.3.24

Politische Nähe zu Tesla verspielt Akzeptanz

Eine Besonderheit ist auch, dass frühzeitig eine Task Force mit Vertreterinnen und Vertretern von Tesla, den Genehmigungsbehörden, den Kommunen und der Landesregierung gebildet wurde, um das Verfahren zu begleiten. Das ist nicht grundsätzlich falsch, wenn es dazu beitragen kann, offene Fragen auf kurzem Wege zu klären. Vorausgesetzt, es bleibt eine notwendige Distanz zwischen Antragsteller (Tesla) und Genehmigungsbehörden, welche laut Gesetz die Gemeinwohlbelange und Interessen anderer Betroffener zu berücksichtigen haben. Da die Sitzungen nicht öffentlich stattfanden, wissen wir nicht, wie sie abgelaufen sind. Der Eindruck, der entstanden ist: Die Landesregierung hat ihre Aufgabe nicht darin gesehen, Teslas Ansprüche mit öffentlichen Interessen abzugleichen und in Einklang zu bringen, sondern Teslas Wünsche durchzusetzen und alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, koste es was es wolle. Auch wenn dafür beispielsweise die Wasserversorgung einer ganzen Region aufs Spiel gesetzt wird.

Die Landesregierung hat nicht versucht, diese ungesunde Nähe zu verbergen. Da zeigen sich Ministerpräsident und Minister in demonstrativer Umarmung mit Elon Musk, der Wirtschaftsminister posiert im Tesla-T-Shirt und spricht von seiner Freundschaft zu Tesla-Bossen¹⁵. Für Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen des Bebauungsplans hat die Landesregierung eine Förderung in Höhe von 8,1 Millionen Euro bewilligt – also für Kosten, die üblicherweise der Investor zu tragen hat¹⁶. Geld für den damals reichsten Mann der Erde, das damit gemeinnützigen Projekten in Brandenburg verloren gegangen ist.

¹⁵ Märkische Oderzeitung, 15.3.23

¹⁶ Antwort auf Kleine Anfrage Nr. 1036, Ds. 7/3026, 17.2.21

Für besonderes Aufsehen sorgte ein Brief von Ministerpräsident Dietmar Woidke an Elon Musk vom März 2023, in dem er Tesla zusagte, das Problem der Wasserversorgung „vor dem Sommer“ zu lösen¹⁷. Ein in der Sache unerfüllbares Versprechen, weil die Erschließung möglicher zusätzlicher Wasservorkommen eine Sache von Jahren ist. Was allerdings – wenn auch erst im Spätsommer 2023 – folgte, war der letztlich erfolglose Versuch, den kritischen Verbandsvorsteher des WSE, der zusätzlichen Wasserlieferungen unter Verweis auf die Bedarfe anderer Nutzer im Wege stand, zu entmachten.

Tesla hat der Landesregierung diese zuvorkommende Behandlung nicht gedankt. Das Unternehmen verweigerte über Jahre praktisch jegliche Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit. Und wenn doch kommuniziert wurde, dann häufig herablassend und arrogant, so beim Auftritt von Firmenvertreter Riederer 2020 im Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages, als er es ablehnte, Fragen der Abgeordneten zu beantworten¹⁸. Oder bei dem berühmt-berüchtigten Besuch von Elon Musk, als dieser die Wasserprobleme ins Lächerliche zu ziehen versuchte¹⁹. Die Landesregierung fühlte sich immer wieder bemüht, Teslas Verhalten zu erklären und zu verteidigen, so dass Wirtschaftsminister Steinbach zeitweise wie ein Pressesprecher von Tesla wirkte und wirkt.

Rechnungen der Genehmigungsbehörden an Tesla wurden nicht pünktlich bezahlt²⁰, wiederholt kam es zu Rechtsverstößen, etwa zur ungenehmigten Errichtung von Tanks und Pfahlgründungen und zum Betrieb eines nicht genehmigten Gefahrstofflagers²¹, so dass die Behörden unter dem Druck der Öffentlichkeit einschreiten mussten. Ansprüche an gute Arbeitsbedingungen und Tariftreue, die eigentlich auch einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung wichtig sein sollten, waren Tesla egal. Seit der Eröffnung des Tesla-Werkes hat es bis September 2023 auffällig viele Arbeitsunfälle und diverse Umweltverschmutzungen im

17 z.B. Tagesspiegel, 15.3.22

18 Protokoll der 6. Sitzung des Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung am 20.8.20

19 <https://www.youtube.com/watch?v=BtaGEhs5Nzg>

20 Antwort auf Kleine Anfrage Nr. 1036, Ds. 7/3026, 17.2.21

21 Antwort auf Kleine Anfrage Nr. 2607, Ds. 7/7363 vom 13.3.23

Trinkwasserschutzgebiet gegeben²². Dem Landesamt für Umwelt sind in diesem Zeitraum 26 Umwelt-Vorfälle bekannt geworden: darunter acht Brände, ausgelaufene Chemikalien wie Epoxidharz, Hydrauliköl, Farbe, Lack und Diesel²³. Tesla-Beschäftigte beklagen in Gesprächen mit der Gewerkschaft IG Metall schlechte Arbeitsbedingungen und gravierende Mängel bei Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit, die zu Krankenständen von bis zu rund 30 Prozent und einer hohen Zahl von Arbeitsunfällen führten. Sie schätzen die Arbeitsbelastung wegen kurzer Taktzeiten, Personalmangel und überzogener Produktionsziele als extrem ein²⁴. Und schließlich gab Tesla im Frühjahr 2024 den Abbau von 700 Arbeitsplätzen bekannt. Wie groß wäre bei anderen Unternehmen da der Aufschrei in der Landespolitik gewesen! Bei Tesla hingegen war Minister Steinbach froh, dass es nicht noch mehr waren²⁵.

22 „Stern“ online, 28.12.23

23 Antwort auf Kleine Anfrage Nr. 3113, Ds 7/8669, 1.11.23

24 <https://www.igmetall.de/im-betrieb/ig-metall-organisiert-tesla-beschaefigte>

25 Bericht rbb24, 23.4.24

26 Märkische Oderzeitung, 8.8.2020

Fazit

„Wir haben ganz normale Verwaltungsverfahren in einem geordneten rechtlichen Rahmen (...) Tesla wird da genauso behandelt wie jeder andere auch.“ So äußerte sich Ministerpräsident Woidke in einem Interview zum Genehmigungsverfahren²⁶. Die tatsächlichen Ereignisse strafen diese Worte Lügen. Tesla wurden wie keinem anderen Unternehmen die Wege geebnet, Wünsche vom Mund abgelesen, Kosten zu Lasten der öffentlichen Hand übernommen, Fehler und Vergehen nachgesehen, Verfahrensregelungen bis an oder über die Grenze des Zulässigen zugunsten des Unternehmens zurechtgebogen.

Das ist sogar wissenschaftlich bestätigt: Eine Untersuchung des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung²⁷ bescheinigt dem Genehmigungsverfahren fehlende Ergebnisoffenheit unter hohem politischem Druck. Der Autor weist darauf hin, dass unzulängliche und nicht ernst gemeinte Beteiligungsverfahren das Vertrauen in die Demokratie gefährden und die Akzeptanz für das Vorhaben mindern. Die weitere Entwicklung gibt der Studie recht. Die große Mehrheit bei der Bürgerbefragung 2024 in Grünheide gegen die geplante Tesla-Erweiterung und die Unterstützung des dortigen Protestcamps im Wald durch viele Anwohnerinnen und Anwohner zeigen: Die Menschen vertrauen nicht mehr darauf, dass die Behörden ihren Interessen in einem objektiven Verfahren Rechnung tragen.

Was bleibt, ist die Wahrnehmung, dass Politik und Behörden einseitig zugunsten eines milliardenschweren Investors agieren und sich von ihm abhängig machen – zu Lasten der Region und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie auf Kosten demokratischer Entscheidungsprozesse. Die Vorgänge um Tesla sind sicher kein Vorbild für Gewerbeansiedlungen und Genehmigungsverfahren von Großprojekten in Brandenburg wie in Deutschland. Eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren darf nicht zu Einschränkungen von Beteiligungsrechten führen, welche schließlich die Akzeptanz der Planung in Frage stellen und die vorhandenen Konflikte nicht lösen können. Auch oder gerade weil es nicht immer möglich sein wird, in Genehmigungsverfahren wie beim Großprojekt Tesla Konflikte mit Gegnerinnen und Gegnern zu vermeiden, muss frühzeitig die Öffentlichkeit miteinbezogen und Transparenz geschaffen werden. Nur so funktioniert Demokratie. Das Ausrollen eines „roten Teppichs“, wie es die Landesregierung praktiziert, und das hartnäckige Ignorieren der Interessen von Menschen und Umwelt trägt nicht zur Akzeptanz und Ergebnisoffenheit eines Planungsverfahrens bei – im Gegenteil.

²⁷ <https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/1698/3550>

Tesla-Ansiedlung – Die Demokratie bleibt auf der Strecke

Im November 2019 wurde ein Goldenes Lenkrad an Elon Musk verliehen. Mit der Verleihung war die Ankündigung verbunden, dass Musk eine Tesla-Gigafactory in Brandenburg errichten will. Nur wenige Tage später wurde es konkret. Die Gigafactory solle in Grünheide (Mark) direkt vor den Toren Berlins gebaut werden.

Was bei einigen Jubel auslöste, machte andere stutzig. Die vorgesehene Fläche liegt zu zwei Dritteln im Wasserschutzgebiet. Diese Schutzzone wurde erst im April 2019 nach rund 18 Jahren Verfahren festgesetzt. In der gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg war keine Industrieansiedlung in dieser Region im Grundwasseranstrom auf den Berliner Reinwasserspeicher Müggelsee vorgesehen. In der Region und im Landkreis Oder-Spree gab es ebenfalls keine Planung dazu. Grünheide hat kein integriertes Entwicklungskonzept mit Hinweisen zu einer Industrieansiedlung dieser Größenordnung.

Was war passiert, dass Ministerpräsident Woidke (SPD) wie der „Alte Fritz“ dem Volk verkündete eine Fabrik in eine niederschlagsarme Region mit niedriger Arbeitslosenquote zu errichten? Mittlerweile sind einige Aspekte der geheimen Verhandlungen bekannt. Hinter verschlossenen Türen wurde über Monate ohne Einbeziehung des Koalitionspartners und ohne die Menschen vor Ort verhandelt und Fakten wurden geschaffen.

61,4%

der Befragten
stimmten
mit **Nein**

Die „Beglückung“ kam jedoch bei den meisten Menschen nicht gut an. Aus unterschiedlichsten Gründen regte sich Widerstand und organisierte sich. Der zentrale Punkt war die Sorge um das Wasser. Störfälle im Wasserschutzgebiet, hoher Wasserbedarf und Reglementierung bei der Wasserversorgung der Einwohner wurden befürchtet. Es half nichts: Trotz Verfahrensbeteiligungen, zahlreichen Protestaktionen und vor allem den wissenschaftlich begründeten Argumenten gegen die Ansiedlung wurde das Projekt durchgezogen.

Im Januar 2024 kam es erstmals zu einer Einwohnerbefragung. Die Frage „Sollen weitere 100 ha Wald (im Landschaftsschutzgebiet) in der Gemarkung Grünheide (Bebauungsplan Nr. 60) in eine Industriefläche umgewandelt werden, die für Logistik, Lagerhaltung und soziale Gebäude genutzt wird?“ konnte mit Ja oder Nein beantwortet werden. Die Antwort war eindeutig. 61,4 % der Befragten stimmten mit Nein. Da die SPD 2019 diese Fläche wahrscheinlich Tesla schon zugesagt hat, wurde das Ergebnis umgedeutet. Der vermeintliche Kompromiss sieht unverändert die Errichtung eines Güterbahnhofes im Wasserschutzgebiet vor. Lediglich die Rodungsfläche soll verringert werden.

Unterstützung bekamen die Bürger in Grünheide im Februar 2024 durch die Besetzung des betroffenen Waldes. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte Ministerpräsident Woidke das Gespräch suchen müssen. Die Bürger und Besetzer warteten vergebens. Nur durch einen richterlichen Entscheid wurde die Räumung des Camps verhindert.

Die Eskalationsspirale durch das Versagen der Politik ist unverkennbar.

Weitere Demonstrationen und Proteste folgten, bis diese im Mai 2024 am Rande eines Klimacamps in Grünheide zu Aktionen des zivilen Ungehorsams führten. Die Eskalationsspirale durch das Versagen der Politik ist unverkennbar.

Folgt man den Ausführungen des Ministerpräsidenten Woidke und des Wirtschaftsminister Steinbach hat die Landesregierung nichts falsch gemacht. Versäumnisse werden Tesla angelastet. Wirtschaftsminister Steinbach redet weiter von der Industrialisierung, der „Bavarisierung“ Brandenburgs und vergisst, dass diese Pläne im deutlichen Widerspruch zu den Wünschen der Wähler und den Klimazielen Brandenburgs stehen. Weitere große Industrieansiedlungen sollen kommen.

Dr.-Ing. Steffen Schorcht
Bürgerinitiative Grünheide

Tesla. Ein Wintermärchen

„Denk ich an Tesla in der Nacht,
dann bin ich um den Schlaf gebracht.
Ich kann nicht mehr die Augen schließen
und meine heißen Tränen fließen.“

frei nach Heinrich Heine

Grünheide, eine verschlafende Gemeinde mit geschichtsträchtigen Gepäck, macht seit Jahrzehnten Schlagzeilen. In Freienbrink wurden nicht nur Westpakete geplündert, gleich gegenüber auf dem jetzigen Teslagelände wurden von der Staatssicherheit der DDR geheime Militäraktionen geplant und geübt, Aber auch der Widerstand gegen das DDR-System formierte sich mit Gründung des Neuen Forum auf dem Grundstück der Havemanns in Grünheide. Jetzt im Jahr 34 nach der Wiedervereinigung zweier deutscher Staaten wird in der gleichen Gemeinde die Rechtsstaatlichkeit auf allen Ebenen zu Grabe getragen.

Tesla-Geschwindigkeit ist das Unwort der letzten 5 Jahre. Diesem Begriff wurde und wird alles untergeordnet. Exekutive, Legislative und Judikative versagen auf allen Ebenen. Zuständigkeiten werden hin und her geschoben.

Der Grüne Liga Brandenburg e.V. Netzwerk Ökologischer Bewegungen brachte sich als anerkannter Naturschutzverband von Anfang an in unzählige Verwaltungsverfahren rund um den Bau und den Betrieb der Tesla Fabrik ein.

Mittlerweile wurden hunderte Seiten Fachstellungen von uns ehrenamtlichen Verwaltungshelfern beschrieben, diverse Austauschformate mit den beteiligten Akteuren initiiert und auf signifikante Sicherheitsprobleme hingewiesen. Wir haben Änderungen bewirkt aber konnten die Inbetriebnahme nicht verhindern.

Der Landesregierung
ist die Raumbedeutsamkeit
sehr wohl bewusst – ein
Raumordnungsverfahren –
Fehlanzeige!

Im Februar 2020 dann unmittelbar nach der Ankündigung der Ansiedlung und dem scheinbaren Scoping die erste Rodung von über 90 Hektar Wald ohne Genehmigung, vor Ablauf der Öffentlichkeitsbeteiligung sehen die Gerichte zu, wie Umweltzerstörung in einem Wasserschutzgebiet brachial unter Einsatz von dutzenden extra aus Finnland herangekarrten Harvestern vor den Augen der Einwohner betrieben wird. Die Gerichte lassen es geschehen. Der Tod von streng geschützten Arten wird hingenommen. Damit opferte man das Kernstück eines DDR Landschaftsschutzgebietes aus dem Jahr 1965, welches eine der größten Population der seltenen europäisch geschützten Schlingnatter beheimatete. Waldspaziergänger werden nach einer groß angelegten Polizeiaktion wegen Hausfriedensbruch verklagt, obwohl der Wald zu dem Zeitpunkt noch im Eigentum des Landesforstbetriebes und damit öffentlich für jedermann zugänglich war.

Es ist vollzogen – 90-jährige Kiefern können nicht wiederhergestellt und tote Tiere nicht wiederbelebt werden. Tesla beginnt mit dem Bau der ersten Gebäude, verändert stetig die Antragsunterlagen, so dass wir als ehrenamtliche Verwaltungshelfer gefordert sind, weiteres Fehlverhalten aufzudecken und mit dem Finger auf eklatante Verwaltungsfehler hinzuweisen.

Wir sehen die Gefahr eines Präzedenzfalls, der zukünftig zur Blaupause für ähnliche Vorhaben wird.

Geschwärzte Gefahrstoffe in Unmengen, die einen Betrieb der oberen Störfallklasse vermuten lassen – Tesla verschleiert selbst gegenüber den Behörden die Mengen und vertuscht bis es passt. Auch das Regenwasser von den Dachflächen, wo sich all der Feinstaub aus den Schornsteinen niederschlägt wird im Wasserschutzgebiet versickert.

Tesla und die Genehmigungsbehörden zeigen Null Transparenz. Die Öffentlichkeit ist gefühlt immer einen Schritt hinterher, da rechtswidrige Schwärzungen in Antragsunterlagen keine Rückschlüsse auf die tatsächlich in die Luft getragenen Stoffe zulassen. Die Genehmigungsbehörden schauen zu, auch noch als schon klar ist, dass karzinogene Stoffe durch die Hauptwindrichtung zum nahen Schulcampus getragen werden. Hier kann der stasibelastete Bürgermeister seine Macht entfalten und der Öffentlichkeit weiter vorgaukeln, dass die Luft sauber sei.

Wir schafften es mit Unterstützung des BBU die Störfallgutachten in Frage zu stellen, doch auch hier fanden die Behörden einen Weg. Ein zweiter bestellter namenloser Gutachter mit fragwürdiger Expertise genügte den behördlichen Anforderungen und „wischt“ alle Bedenken weg. Es bleibt ein angemessener Sicherheitsabstand zu schutzwürdigen Objekten doch ach, es taucht ein öffentlicher Haltepunkt inmitten des klar störfallrelevanten Sicherheitsbereichs des Gefahrstofflagers auf. Dieses ist mit einem gigantischen Kühlmittel tank ausgestattet, bei einem Leck würde in kürzester Zeit eine Umweltkatastrophe für Schlagzeilen sorgen, wenn denn darüber berichtet werden würde. Spätestens die fehlende redundante Stromversorgung des Werks hat aufgezeigt, dass sämtliche Brandschutznachweise Gefälligkeitscheine sind. Jegliche Brandschutzauflagen sind nicht gewährleistet und zu dem besteht eine Gefahr für die Stromversorgung der Bevölkerung im Gesamtnetz des Stromversorgers. Der Wasserverbrauch des Werkes eingeschlossen der der geplanten Erweiterung lähmt die Arbeit des regionalen Wasserversorgers über Jahre. All dies wird von der Politik und den Behörden sehenden Auges in Kauf genommen und von den Gerichten toleriert.

Das Tesla Werk wurde vor Erteilung einer Genehmigung mit über 19 vorzeitigen Zulassungen gebaut. Diese Vorgehensweise grenzt schon an behördlich legitimierten Rechtsmissbrauch von gesetzlichen Regelungen, die eigentlich historisch der Beschleunigung des Umbaus von umweltschädigenden Industrieanlagen dienen.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nur noch Worthülsen, wenn ein klares Bürgervotum durch gewählte Gemeindevertreter ignoriert wird, wenn fachliche Bedenken der Naturschutzverbände im Verwaltungsverfahren weggebügelt werden, wenn die politische Agenda mehr wiegt als die Sicherheit und wenn sich die drei Gewalten fragen lassen müssen, ob sie noch ihren Aufgaben gerecht werden.

Wir als Verwaltungshelfer „waschen unsere Hände in Unschuld“ und erwarten eine politische Aufarbeitung im Rahmen eines Untersuchungsausschusses. Wenn die Tesla-Geschwindigkeit uns zukünftig als die Lösung für Gesamtdeutschland verkauft werden soll, dann bleibt nur noch zu sagen:

„Denk ich an
Deutschland in
der Nacht, dann
bin ich um den
Schlaf gebracht.
Ich kann nicht
mehr die Augen
schließen und
meine heißen
Tränen fließen.“

Michael Ganschow
Landesgeschäftsführer Grüne Liga Brandenburg

Zeitstrahl

2,5 Jahre vor Eröffnung

9.2019

Rundflug Minister Steinbach mit Tesla Delegation

22.11.2019

Einrichtung Tesla-TASK-Force durch Ministerpräsident Woidke

12.11.2019

Ankündigung Elon Musk: Tesla kommt nach Grünheide

3.1.2020

Genehmigungsverfahren wird offiziell eröffnet

13.2.2020

Zulassung vorz. Beginns für Rodung von 92 ha Wald

26.1.2020

Sprengung von 10 Bomben aus dem II. Weltkrieg ohne Absammeln von Reptilien

6.4.2020

Massiver Wasserverbrauch auf dem Gelände

13.4.2020

LfU toleriert Betankung von Baufahrzeugen im Wasserschutzgebiet

18.4.2020

geänderter Bauantrag Pfählung geplant

1.7.2020

Änderung Antragsunterlagen:
– Umspannwerk
– Gefahrstofflager
– Gießerei wird größer

15.5.2020

Illegale Pfählung 2000 Euro Bußgeld für Tesla

17.7.2020

WSE stoppt Planung: keine ausreichende Fördergenehmigung und Unterschrift von Tesla fehlt

1,5 Jahre vor Eröffnung

21.9.2020

EU-Kommission: Umweltbelange werden in Vorabgenehmigungen nicht ausreichend berücksichtigt

17.8.2020

Zulassung vorz. Beginns für Pfahlrammungen

3.9.2020

erster Besuch von Elon Musk auf Tesla Baustelle

20.8.2020

Tesla fordert im brandenburger Infrastrukturausschuss eigenen Bahnhof und eigene Autobahnzufahrt

2.10.2020

Erörterung der Einwendungen wurde nach 8 Tagen durch das LfU abgebrochen/beendet

27.9.2020

Diesellachen auf dem Gelände

17.10.2020

Müllprobleme neben der Tesla Baustelle

15.10.2020

Tesla bezahlt nicht Rechnung des WSE Wasserversorgung der Baustelle wird für 4 Tage eingestellt

30.11.2020

Zulassung vorz. Beginns für Rodung von 83 ha Wald

9.11.2020

Lichtverschmutzung

15.12.2020

Satzungsbeschluss 1. Änderung B-Plan Nr. 13
– weit über 200 Einwendungen werden nicht berücksichtigt
– keine Klärung für Trinkwasser/Abwasser
– keine Anhörung Ortsbeiräte

23.12.2020

Lockerung LfU für Sicherheitsleistungen durch Tesla

24.11.2020

Batteriefabrik kommt doch

1 Jahr vor Eröffnung

25.3.2021

Behörden bemerken illegale Rohrverlegung – 17 Tage Baustopp

8.5.2021

Zoll und Arbeitsschutz ermitteln: Arbeitszeit-überschreitung und Dumpinglöhne

30.4.2021

geänderter Antrag von Tesla: Batteriezell fertigung

11.4.2021

Bauen im Trinkwasserschutzgebiet ohne Hauptgenehmigung

10.6.2021

hunderte Dieselgeneratoren auf der Baustelle zur Stromerzeugung

20.5.2021

Tesla (nicht WSE) beginnt Bau der Abwasserdruckleitung

20.5.2021

Internes Gutachten: Gefahr über Giftwolke/ giftige Reizgase

8.7.2021

LfU findet drei illegal errichtete Lagertanks

19.7.2021

3. Auslegung: politische Einflussnahme durch Minister Steinbach: „keine Hindernisse zur Genehmigung“

20.6.2021

Baufahrzeuge für Abwasserdruckleitung trotz Waldbrandstufe 5 im Einsatz

3.6.2021

geänderter Antrag: 1180 neue Pfahlgründungen/Vergrößerung Lackiererei

12.8.2021

Land Brandenburg übernimmt 8,1 Mio Euro der Kosten von Tesla für die Ausgleichsmaßnahmen der Rodungen

7 Monate vor Eröffnung

13.9.2021

Umwidmung der beantragten Lagerhalle für die Batteriezellfertigung

13.8.2021

Elon Musk macht sich lustig über Wasserknappheit

27.8.2021

nur Online Konsultation für die Einwendungen statt Präsenzveranstaltung wegen Corona

26.9.2021

Luftqualität sehr schlecht am Löchnitz Campus
Höchstwerte für Stickstoffdioxid, Ammoniak und VOC

4.11.2021

Starkregen lässt Fabrik „absaufen“

9.10.2021

Tesla Volksfest mit 9000 Besuchern trotz Corona Beschränkungen

1.12.2021

WSE beschließt Satzungsänderung
Begrenzung auf 105 Liter pro Tag für Privatkunden

4.3.2022
finale Genehmigung erteilt

16.3.2022

LfU stellt Duldung für Fördermengenerhöhung Eggersdorf aus, WSE stimmt Trinkwasserversorgung für Tesla zu

4.3.2022

Tesla zeigt Inbetriebnahme an

22.3.2022
offizielle Eröffnung

18.3.2022

Inbetriebnahme von Anlagenteilen

4. März 2022

Hier ruht unsere Natur und die Sicherheit des Wassers



27.6.2022

Giftiges Kathodenpulver im Tesla Außenlager ausgetreten
Werkfeuerwehr fürchtet um eigene Gesundheit

1.7.2022

LfU meldet Illegales Gefahrstofflager an MLUK Kältemittel, Elektrolyt, Hydrauliköle und Klebstoffe wurden gefunden

20.5.2022

Tesla treibt Pfähle in Boden, WSE übt Kritik am Landkreis

8.6.2022

Austritt von Hydrauliköl – Das Hydrauliköl lief zum Teil auch in die Regenrinne der Straße.

14.7.2022

Tesla muss auf Anordnung des LfU ständig seine Straßen mit Tankwagen befeuchten, um Staubemissionen zu verhindern; den Bürgern wird z.T. untersagt, den Rasen zu wässern

18.5.2022

Austritt von ca. 1 m³ RO-Wasser aus einem temporären Heizkessel, teilweise Versickerung auf nicht befestigter Fläche

10.6.2022

Partieller Baustopp wegen zu tief gerammter Pfähle (bis in den Grundwasserleiter) im Bereich Stamping

25.8.2022

Vierter Containerbrand mit Aluminiumschlacke in der Fabrik

1.7.2022

LfU entdeckt den Betrieb einer nicht genehmigten Recyclinganlage

26.9.2022

Großbrand in der Recyclinganlage, Brandgut und Löschwasser auf unbefestigter Flächen

21.9.2022

LfU ordnet Teilstilllegung der nicht genehmigten Recyclinganlage an

20.9.2022

Auf nicht genehmigtem Recyclingplatz wurde eine Kiste geschreddert, in der sich noch ein Batteriemodul befand, 200–300 Liter Löschwasser traten auf unbefestigter Fläche aus

29.9.2022

WSE nimmt Akteneinsicht zum Lackunfall in Grünheide und ist beunruhigt

22.10.2022

Fiep-Ton aus der Tesla Produktion nervt Anwohner in Erkner

25.10.2022

Untere Bauaufsicht (LOS) erteilt Genehmigung zur Errichtung von temporärem LNG Terminal

28.9.2022

Produktion läuft ohne Brandmelde, und Sprinkleranlage Begründung durch Landkreis: „Interimsbetrieb“

28.10.2022

Tesla fällt neue Bäume in Grünheide, Rodungen sind Vorstufe für weiteren Ausbau

2.11.2022

80 Container am Tag:
wie Tesla sein Material
nach Grünheide geliefert
bekommt

4.11.2022

Gefahrguttransporter
Unfall – Batterie-
ladung für Tesla

8.11.2022

LfU erteilt Widerspruchs-
bescheid für Tesla und
hebt zwei Nebenbestim-
mungen der Baugenehmi-
gung wieder auf: Auflage
zum Umgang gefährlicher
Stoffe: Tesla soll Wasser
selbst kontrollieren

15.11.2022

Was ist bei Tesla los?
Einsatz der Werkfeuerwehr
an Produktionshalle

6.11.2022

Zahl der Rettungseinsätze
in Gigafactory Grünheide
deutlich gestiegen

23.11.2022

LfU beklagt mangelnden
Schutz gegen schädlichen
Staub bei Tesla

24.11.2022

Austritt von 13 Tonnen
flüssigem Aluminium
in Gießerei

7.12.2022

Tesla will selbst nach Grundwasser zwischen Spreenhagen und Storkow nahe Lebbin suchen

16.12.2022

Tesla beantragt Genehmigung für stillgelegte Recycling Anlage

28.12.2022

Tesla sucht per Stellenausschreibung „Security Intelligence Investigator“, einen „Ermittler für Sicherheitsinformationen“

12.1.2023

Beim Öffnen einer Batterie wurde eine Zelle beschädigt
Austritt von Elektrolyt

15.1.2023

ständige Änderungen der Planung von Tesla verhindern die Umsetzung des Radwegekonzepts

8.12.2022

Gemeinde stimmt für Aufstellungsbeschluss zum B Plan Nr. 60 für die Erweiterung um ca. 120 ha nach Osten, trotz Protest Tesla, fragte Grundstück bereits 2019 an!

19.12.2022

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Tesla wegen Gefahrstofflager

12.1.2023

Hohe Belastung, viele Ausfälle, wenig Führung
Kritik an Arbeitsbedingungen in Gigafactory

22.1.2023

Streit um Bahnhof Fangschleuse geht weiter
Bundes Linke kritisiert „Beihilfe“ für Tesla

24.1.2023

Leitung für Abwasser von Tesla noch nicht durch Wasserverband WSE abgenommen

24.1.2023

Bauarbeiten zum Werkshuttle Bahnhof „Tesla Süd“ ohne Baugenehmigung begonnen

25.1.2023

WSE nicht zu Sonder-sitzung eingeladen Bähler kritisiert Umweltminister Vogel scharf

31.1.2023

Erste Statistik der Zählstellen rund um Tesla zu spät, keine Vergleichsdaten vor Inbetriebnahme

5.2.2023

Tesla Nachbarn kontern Minister, Stau in Freienbrink bei Schichtwechsel

25.1.2023

Tesla überwacht weiter selbst, Umweltministerium verteidigt Auflagenstreichung

25.1. bis 7.2.2023

Tesla rammt 104 Pfähle in den Boden – ohne Genehmigung

17.2.2023

WSE erhält Unterstützung Umweltverbände klagen gegen LfU wegen Tesla Auflagen

9.2.2023

Containerbrand mit Holzabfällen, ca. 20–30 Liter Löschwasser gelangen in die Regenwasserrinne

22.2.2023

Tesla pausiert Pläne zu Batteriebau in Grünheide: Förderprogramm in den USA macht die Produktion dort lukrativer

23.2.2023

Tesla schränkt Drohnenüberflüge stark ein

7.3.2023

WSE lässt Anhörung wegen Fördermengen-höhe Eggersdorf platzen, weiterhin nur Duldung durch LfU

16.3.2023

Tesla will eine Million Fahrzeuge pro Jahr produzieren, Ausbauantrag gestellt

24.3.2023

Funkenflug beim Zusammenschieben von Kartonagen mit Radlader – es gerieten ca. 3 m³ Pappe in Brand

7.3.2023

LfU erteilt Genehmigung für Errichtung temp. Anlage für die Sammlung und Behandlung nicht gefährlicher Abfälle auf zusätzlich gerodeter Fläche

13.3.2023

Sechs illegale Aktivitäten auf dem Gelände nur 17.000 Euro Bußgeld durch LfU

10.3.2023

Steinbach übergibt Brief an Tesla: Woidke sichert Elon Musk Lösung des Wasser- und Stromproblems zu

6.4.2023

Beginn Auslegung Vorentwurf B Plan Nr. 60 (Tesla Osterweiterung um 120 ha)

9.5.2023

Austritt von 50 %-iger Ameisensäure an der Nanofiltration, ca. 15 Liter Ameisensäure im Rückhalteraum der Anlage aufgefangen

30.4.2023

LfU stellt befristete Duldung über unbegrenzte Entnahmemenge von Grundwasser durch den WSE für 10 Jahre in Aussicht

25.5.2023

„Handelsblatt“ veröffentlicht „Tesla Files“, Daten von Mitarbeitern und Kunden wurden geleakt – massive Beschwerden über Autopilot werden öffentlich

8.6.2023

Schreiben von Tesla an LfU: keine kontinuierlichen Messungen der Abluftreinigungsanlagen der Lackiererei nach Nebenbestimmung der Baugenehmigung von Inbetriebnahme bis Quartal II /2023, vom LfU geduldet

21.4.2023

Enthüllung Business Insider: Betriebsrat verstößt gegen Gesetz: nur eine statt vier Versammlungen im Jahr 2022, laut Mitarbeitern deutlich zu wenige Toiletten und Essensausgaben, die Fabrikhallen seien im Winter zu kalt und im Sommer zu heiß

10.5.2023

Durch weggeworfene Zigarette gerieten ca. 100 m² der Böschung in Brand; Stromkabel wurde ebenfalls beschädigt

31.5.2023

Rechtssichere Wasserversorgung für Tesla wird unwahrscheinlicher: 2. Anhörung zu Fördermengen in Eggersdorf zwischen LfU, WSE, BWB und Umweltverbänden endet im Streit

9.6.2023

„stern“ berichtet über Trickserei bei Wasserfördergenehmigung: Brunnen mit einer Fördermenge von bis zu 2000 m³ pro Tag müssen nicht beim LfU, sondern bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises beantragt werden egal, wie viele Brunnen.

16.6.2023

„Business Insider“ enthüllt: Streichung der Sonderschichten im zweiten Quartal, reguläre Arbeitsschichten sollen von drei auf zweieinhalb reduziert werden, einer dreistelligen Zahl an Leiharbeitern droht die Entlassung

18.7.2023

Austritt von ca. 150 Litern Diesel wegen aufgerissenem Tank von Lkw auf einer Fläche von ca. 80 m², etwa 50 Liter Diesel liefen in den Regenwasserkanal

19.7.2023

Beginn Auslegung 2. Ausbaustufe Verdoppelung der Produktion auf 1 Million Fahrzeuge im Jahr

25.7.2023

Gewerkschaftsmitgliedern wird mit Kündigung gedroht, weil sie Aufkleber in der Fabrik verteilt haben

13.7.2023

Lkw mit Tesla Akkus beladen auf der A10 am Dreieck Spreeau in den Straßengraben gefahren, Fahrer dabei schwer verletzt, Werksfeuerwehr muss Batterien bergen

3.8.2023

Vormittag: Austritt von ca. 10 Liter rote Farbe aus einem Abfallcontainer, lief zum Teil auch in die Regenrinne der Straße

3.8.2023

Nachmittag: Bagger verliert auf einer unversiegelten Fläche von ca. 20 m x 15 m Hydrauliköl

6.9.2023

Bei Inbetriebsetzung der Vakuumverdampfer in der Abwasserbehandlungsanlage kommt es zu einem Anstieg von Schwefelwasserstoff in der Luft

14.9.2023

Klage gegen Land Brandenburg wegen Akteneinsicht zur Tesla Task Force (FragdenStaat)

28.9.2023

„stern investigativ“ zeigt Berichte zu Havarien und Arbeitsunfällen, illegalen Tanklagern und weiteren Umweltverstößen

23.10.2023

Auslegung Entwurf B Plan Nr. 60 Tesla Osterweiterung um 120 ha

23.10.–24.10.2023

Erörterung zur 2. Ausbaustufe in Erkner, WSE und Naturschutzverbände boykottieren: Es sollen veraltete Unterlagen erörtert werden

15.9.2023

heiße Aluminiumschlacke entzündete sich, als sie mit dem Container in Berührung kam

14.9.2023

Bei Reinigungsarbeiten der Vakuumverdampfer in der Abwasserbehandlungsanlage kommt es zu einem Anstieg von Schwefelwasserstoff in der Luft

13.10.2023

Tesla fordert von erkrankten Mitarbeitern, ihre Ärzte von der Schweigepflicht zu entbinden und droht mit Streichung der Lohnfortzahlung

29.9.2023

Auf „Frag den Staat“ veröffentlicht der Journalist Aiko Kempen „Wie deutsche Ministerien Tesla hofieren“

22.11.2023

Beschwerde durch VNLB wegen Lichtverschmutzung durch Tesla

24.10.2023

Beginn Waldrodungen für Verlegung Bahnhof Fangschleuse vor den Werkseingang von Tesla bei laufendem Verfahren Entscheidung erst Ende 2024

23.11.2023

Gemeinde stellt Anträge, um Tesla von Verboten im Trinkwasserschutzgebiet zu befreien (Waldumwandlung, Erweiterung Industriegebiet)

12.12.2023

Tesla verteilt Lebkuchenherzen in Schulen, Verstoß gegen Werbeverbot an Schulen

14.1.2024

Infotag: Landkreis und Gemeinde Grünheide machen gemeinsam mit Tesla Werbung für Ausbaupläne

7.11.2023

Beschwerde IG Freienbrink: Lkw von Tesla Werksverkehr parken dauerhaft auf öffentlichen Straßen und behindern Busverkehr

22.11.2023

Erneute Auslegung Entwurf B Plan Nr. 60 Tesla Osterweiterung um 120 ha

29.11.2023

LKW beladen mit Tesla Fahrzeugen fährt zwischen Wulkow und Trebnitz (MOL) bei Fahrbahnglätte in den Straßengraben

6.2.2024

IG Metall reicht Klage ein, weil Unterschriftenlisten zur Betriebsratswahl während der Betriebspause ausgelegt werden müssen

26.2.2024

WSE teilt mit, dass Tesla kontinuierlich im Abwasser Grenzwerte für Gesamtstickstoff und Phosphor überschreitet

3.3.2024

Supercharger von Tesla sind in Deutschland illegal – kein Stromzähler zur Kostenermittlung vorhanden (MOZ)

5.3.2024

Totaler Stromausfall in Gigafactory nach Brandanschlag wegen fehlender Redundanz bei Stromversorgung

1.3.2024

WSE vertagt Entscheidung über Einleitstopp für Tesla Abwässer, Rücktritt vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung Pilz

14.3.2024

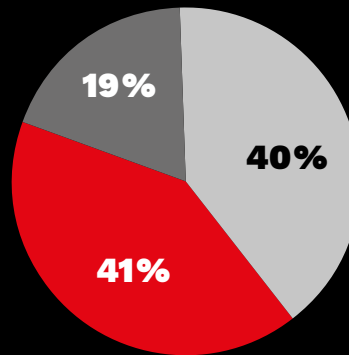
BM Christiani kündigt erneute Auslegung des B Plan Nr. 60 zur Osterweiterung an: Votum der Einwohnerbefragung wird missachtet

13.3.2024

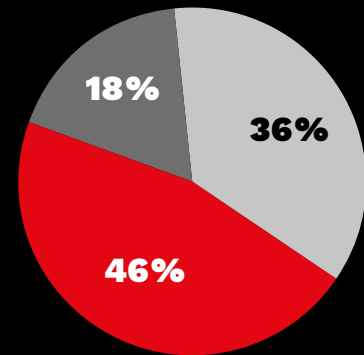
Besuch von Elon Musk, Treffen mit Woidke und Wegener, Produktion wird wieder hochgefahren

Wie bewerten Sie den Umgang der brandenburgischen Landesregierung mit Tesla hinsichtlich der folgenden Aspekte?

Bei der Ansiedlung des Unternehmens (Genehmigungsprozess)

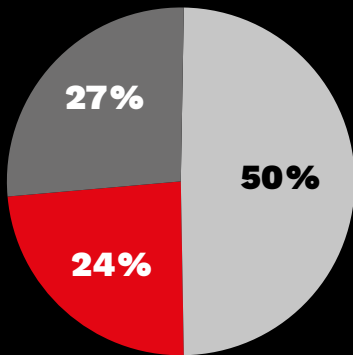


Bei der Beteiligung der Anwohner der Region

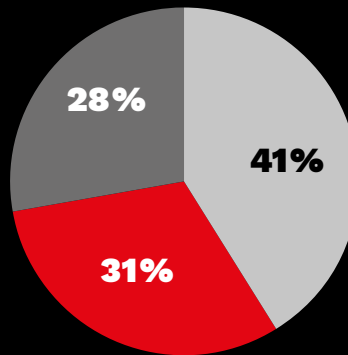


Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA im Auftrag der Linksfraktion im Landtag Brandenburg
Maj 2024, 1.000 Befragte im Land Brandenburg ab 16 Jahren

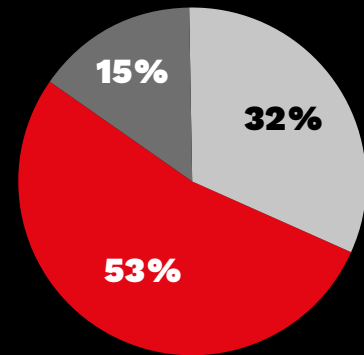
Beim Schutz
der Interessen
des Unternehmens



Beim Schutz
der Interessen
von Beschäftigten



Beim Schutz von
Natur und Umwelt



Was stört Sie beim Umgang der brandenburgischen Landesregierung mit Tesla?

Umwelt-
zerstörung
(Wald, Wasser)

40%



Zugeständ-
nisse/
Bevorzugung/
Korruption

35%



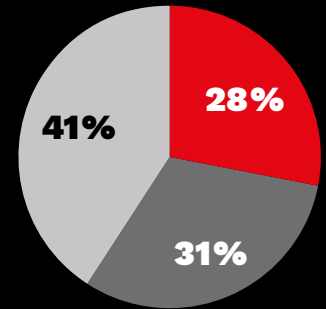
Kommu-
nikation /
Fehlende
Beteiligung/
Transparenz

15%



Quelle: Repräsentative Umfrage des
Meinungsforschungsinstituts INSA im Auftrag
der Linksfraktion im Landtag Brandenburg
Mai 2024, 1.000 Befragte im Land Brandenburg
ab 16 Jahren

■ Nennung
■ nichts
■ weiß nicht/
keine Angabe



fehlende
Kontrolle/
zu viele
Freiheiten

11%



fehlende
Unterstützung
für Tesla/
langwierige
Prozesse

10%



Subventionen/
finanzielle
Förderung

6%



Umgang mit
fortwährenden
Konflikten (z.B.
Behandlung von
Angestellten,
weiterer Ausbau)

5%



Sonstiges

5%



